

Inhalt

2014-02-01 Basler Zeitung	Ein Land ausser Kontrolle	2
---------------------------	---------------------------------	---

Seite bazab3
Thema

Wir brauchen und wollen Zuwanderer. Aber wir müssen das selber bestimmen – nicht Brüssel.

Ein Land ausser Kontrolle

Von Markus Somm

Im Jahr 1961 schrieb ein junger Zürcher Wissenschaftler, der dem Freisinn angehörte, in den zuverlässig liberalen «Schweizer Monatsheften» einen längeren Aufsatz über die sogenannte Überfremdung, wie man damals noch etwas unschuldig die Debatte um das richtige Ausmass der Immigration in unser Land überschrieb. Der Begriff galt nicht als toxisch. Zu dem Zeitpunkt war der Ausländeranteil an der Schweizer Bevölkerung mit rund 11 Prozent auf einen neuen, für manche beunruhigenden Höchstwert angewachsen. Innert zehn Jahren hatte sich ihre Zahl seit 1950 verdoppelt.

«Die Schweizerische Eidgenossenschaft war in den letzten hundert Jahren stets weltoffen und liberal», hielt der Wissenschaftler fest. «Dies gilt auch in Bezug auf die Niederlassung von Ausländern. Unser Land muss weiterhin weltoffen sein, in der Einwanderungspolitik jedoch einen Kompromiss zwischen Freiheit und Bindung erreichen, der geeignet ist, eine dauernde Überfremdung zu verhindern. Zahlreiche Fremde brachten uns in der Vergangenheit viel Wertvolles. Unzählige liessen sich assimilieren und wurden ausgezeichnete Schweizer. Allzu viele Einwanderer werden aber zwangsläufig eine wirtschaftliche, geistige und schliesslich politisch-soziologische Überfremdung der Schweiz bewirken, die zu einer Unterhöhung des Helvetismus und des schweizerischen Staatswillens führen muss. Dagegen gilt es sich – besonders im Zeitalter der europäischen Integration – mit allen Kräften zu wehren.»

Der junge Autor dieses Textes hiess Gerhard Winterberger. Er stand unmittelbar vor einer glänzenden Karriere, bald sollte er zum Direktor des Vororts aufsteigen, wie sich damals Economiesuisse, der Spitzenverband der Wirtschaft, bezeichnete, und man nannte ihn geheimnisvoll auch den achten Bundesrat, weil der Vorort in jenen Jahren einen fast magischen Einfluss auf die Politik in Bern auszuüben vermochte. Jahrzehntelang sollte Winterberger die schweizerische Wirtschaftspolitik an vorderster Stelle bestimmen. Gefürchtet, verhasst, bewundert: Wenn es je einen Prototyp des alten Zürcher Wirtschaftsreisins gegeben hat, dann war es Winterberger (1921–1993). Seine Tochter ist Ursula Gut-Winterberger, die heute als freisinnige Regierungsrätin die Finanzen des Kantons Zürich steuert. Mit anderen Worten, freisinniger kann ein Autor nicht sein.

In Widersprüchen gefangen

Als Liberaler gerät man in ein Dilemma, wenn es um die Frage der Einwanderung geht. Auf den ersten Blick ist klar: Es gilt, «freie Märkte für freie Menschen», wie die Lösung des von mir so hoch geschätzten «Wall Street Journal» lautet. Wenn Kapital und Waren frei von Land zu Land wandern dürfen, so soll dies auch den Menschen möglich sein, solange sie Arbeit suchen, mit dem Ziel, ihr Leben für sich selbst und ihre Kinder zu verbessern.

Nichts drückt den Zauber Amerikas besser aus als die unzähligen Geschichten von armen Einwanderern aus den vermaledeten

Ländern dieser Erde, die reich wurden und Amerikaner. Die sich so selbst und ihrer neuen Heimat so viel Gutes taten.

Auch die Schweiz kennt diese Geschichten: Basel stieg zu einer der blühendsten Städte des alten Europas auf, unter anderem dank den Talenten von protestantischen Flüchtlingen aus Frankreich oder den Spanischen Niederlanden, dem heutigen Belgien. Nestlé, ABB, Bally, Swiss Re, Rolex, Swatch oder Saurer sind von Ausländern gegründet oder zum Erfolg geführt worden – und auch heute zählt dieses Land nach wie vor zu jenen glücklichen Gegenden, wo die meisten Immigranten sich bestens integrieren, und mancher von ihnen sehr vieles zu unserem Wohlstand beiträgt.

Doch Menschen sind keine Waren. Sie bringen nicht bloss ihre Arbeitskraft mit, sondern auch ihre Kultur, ihre Sprache, ihre Kinder, ihre Ehepartner, ihre Stärken und ihre Schwächen. Dass Immigration gut gelingt, bedingt deshalb immer auch, dass die Einheimischen bereit sind, die Fremden, die kommen, aufzunehmen. Gewiss, gerade die Schweizer, ein knorriges, eher unkommunikatives Volk, das sich seit Jahrhunderten in engen Tälern oder hinter Bergen und Hügeln verschant hat, pflegen mit einer gewissen Hartnäckigkeit xenophobe Instinkte. Der «fremde Fötzel» ist helvetisches Kulturgut.

Und doch reichten die Kampagnen einer Partei wie etwa der SVP nie aus, um Mehrheiten der schweizerischen Bevölkerung auf Dauer gegen Ausländer aufzubringen – ohne dass ein reales Problem vorliegen würde. Wer glaubt, man könne die zunehmende Skepsis gegenüber noch mehr Zuwanderung allein politischer Propaganda zuschreiben, täuscht sich. Er verkennt die Eigenständigkeit der Menschen und überschätzt die Deutungsmacht der Politiker.

Haben Sie den Bundesrat gesehen?

Wenn es jetzt danach aussieht, dass die Masseneinwanderungs-Initiative der SVP, über die wir in einer Woche abstimmen, eher knapp als deutlich abgelehnt wird, dann hat das damit zu tun, dass viele Einheimische inzwischen den Eindruck erhalten haben, der Landesregierung und ihren Chefbeamten sei die Kontrolle über die Zuwanderung vollständig entglitten. Nachdem der Bundesrat deren Ausmass seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU zunächst systematisch unterschätzt, dann lange schöngeredet hatte, geriet er wenige Wochen vor der Abstimmung in Panik und entdeckte plötzlich selber, was er bisher stets verneint hatte: dass ein EU-Bürger durchaus hierher kommen kann, ohne eine feste Anstellung vorweisen zu müssen – und dass es ihm offensteht, praktisch geradewegs in unseren Sozialstaat einzuwandern. In letzter Minute kündigte der Bundesrat Massnahmen an, die diesen Missstand beseitigen sollen. Besser, er hätte nichts gesagt und nichts getan.

In einer direkten Demokratie wird über Einwanderung immer wieder abgestimmt, weil deren kulturelle und wirtschaftliche

Folgen die Leute stark beschäftigen. Zwar mag der Bundesrat diese Abstimmung noch gewinnen, weil viele Bürger befürchten, die EU könnte nicht bereit sein, mit uns über neue Bedingungen zu verhandeln – aber auf lange Sicht ist der real existierende Zuwachs unserer Bevölkerung nicht mehrheitsfähig.

Weil Menschen keine Waren sind, ist es nur theoretisch eine liberale Errungenschaft, alle Menschen einwandern zu lassen. In der Praxis macht das auch die liberalste Bevölkerung auf Dauer nicht mit. Selbst in Amerika beschnitt man die Einwanderung schon vor dem Ersten Weltkrieg, als das riesige Land noch praktisch leer war.

Friedmans Rat

Milton Friedman, der grosse amerikanische Ökonom und Meisterdenker aller Liberalen, äusserte sich verschiedentlich zu dieser für Liberale und Libertäre schwierigen Frage. Er sei im Prinzip für die freie Einwanderung – aber solange ein Sozialstaat bestehe, könne man sie nicht gewähren, da dies unendlich viele Immigranten anziehe. Am liebsten hätte Friedman nur die illegale Zuwanderung akzeptiert. Denn nur Illegalen wäre der Zugang zu Sozialhilfe und Arbeitslosenunterstützung verwehrt. Angesichts der Tatsache, dass wir einen Sozialstaat haben und dass kein Mensch im Ernst daran glaubt, dass dieser innert

nützlicher Frist aufgehoben wird, ist es nur theoretisch eine vernünftige Position, die Zuwanderung völlig unbeschränkt zu lassen. Was die gegenwärtige Lage so unberechenbar und so unangenehm macht, ist die Tatsache, dass die Schweiz nicht mehr selber bestimmen kann, wie viel Zuwanderung sie wünscht.

Die Schweiz braucht sehr viele Zuwanderer – und wir haben ihnen sehr viel zu verdanken. Aber wie viele und welche muss in Bern entschieden werden, nicht in Brüssel. Es ist Zeit, mit der Europäischen Union eine bessere Lösung anzustreben. Die Initiative der SVP zwingt einen unwilligen, ängstlichen Bundesrat dazu. Das ist gut.

«Falls unser Land», schrieb Gerhard Winterberger 1961, «dem Prinzip der völligen Freizügigkeit der Arbeitskräfte innerhalb Europas bedingungslos zustimmen und die Niederlassungspolitik sehr liberal und grosszügig handhaben würde, so müsste dies den Anfang des Untergangs der Schweizerischen Eidgenossenschaft bedeuten.»

Das war sicher übertrieben – aber ebenso freisinnig.

markus.somm@baz.ch